
**Bekanntmachung
des deutsch-tunesischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 17. Juni 2013

Das in Tunis am 8. Dezember 2011 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2009 ist nach seinem Artikel 5

am 30. Mai 2013

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 17. Juni 2013

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Michael Fiebig

Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tunesischen Republik über Finanzielle Zusammenarbeit 2009

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Tunesischen Republik –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tunesischen
Republik,

im Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch part-
nerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu
vertiefen,

im Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehun-
gen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung in
der Tunesischen Republik beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Noten vom 3. und 4. März 2010 –
sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Tunesischen Republik oder anderen, von
beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern,
von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Finanzierungsbei-
träge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und
Betreuung der folgenden Vorhaben zu erhalten:

- a) für das Vorhaben „Verbesserung des Wasserressourcen-
managements PISEAU II“ bis zu 2 000 000,- EUR (in Worten:
zwei Millionen Euro),
- b) für das Vorhaben „Modernisierung von Bewässerungs-
perimetern im Medjerdatal“ bis zu 1 000 000,- EUR (in Wor-
ten: eine Million Euro),

wenn nach Prüfung die Förderungswürdigkeit dieser Vorhaben
festgestellt worden ist.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht
es der Regierung der Tunesischen Republik oder einem anderen
von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Dar-
lehensnehmer darüber hinaus, für das Vorhaben „Energieeffizienz
Kläranlagen“ ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rah-
men der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt

wird, von bis zu 32 000 000,- EUR (in Worten: zweiunddreißig
Millionen Euro) zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungs-
politische Förderungswürdigkeit des Vorhabens festgestellt wor-
den ist, die gute Kreditwürdigkeit der Tunesischen Republik wei-
terhin gegeben ist und die Regierung der Tunesischen Republik
eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Kreditneh-
mer wird. Das Vorhaben kann nicht durch ein anderes Vorhaben
ersetzt werden.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der
Regierung der Tunesischen Republik zu einem späteren Zeit-
punkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge
zur Vorbereitung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Vorha-
ben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleit-
maßnahmen zur Durchführung und Betreuung der in den Ab-
sätzen 1 und 2 genannten Vorhaben von der KfW zu erhalten,
findet dieses Abkommen Anwendung.

(4) Finanzierungsbeiträge für Begleitmaßnahmen nach Ab-
satz 1 werden in Darlehen umgewandelt, wenn sie nicht für
solche Maßnahmen verwendet werden.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die
Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, so-
wie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen
der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzie-
rungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundes-
republik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 genannten Beträge entfällt,
soweit nicht innerhalb von acht Jahren nach dem Zusagejahr
die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge ge-
schlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf
des 31. Dezember 2017.

(3) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht
selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zah-
lungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehens-
nehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Verträge
garantieren.

(4) Die Regierung der Tunesischen Republik, soweit sie nicht
Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzah-
lungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließen-
den Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der
KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung der Tunesischen Republik stellt die KfW von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die im Zusammenhang mit Abschluss und Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 erwähnten Verträge in der Tunesischen Republik erhoben werden.

Artikel 4

Die Regierung der Tunesischen Republik überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und

Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Tunesischen Republik der Regierung der Bundesrepublik Deutschland auf diplomatischem Weg mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

Geschehen zu Tunis am 8. Dezember 2011 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der französische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Dr. Horst-Wolfram Kerll

Für die Regierung der Tunesischen Republik

Khemais Jhinaoui
